

Lektüreübung – Allgemeiner Leitfaden

1. Was ist die allgemeine Forschungsfrage?
 - a. In welchen Literaturen/Forschungsrichtungen verortet sich der Artikel?
 - b. Welche Kern-Konzepte werden betrachtet?
 - c. Wie werden diese Kern-Konzepte definiert?
2. Welche *spezifische* Forschungsfrage wird gestellt?
3. Wie wird die Forschungsfrage beantwortet?
 - a. Welche Methode/ Welche Methoden werden benutzt? Wie werden diese Angewandt
 - b. Wie werden Konzepte operationalisiert?
 - c. (Methodenspezifische Fragen)

- d. Welche Daten/Evidenzen werden benutzt?
-
- 4. Welchen Wissenschaftlichen Erkenntnisse erschließen sich?
 - a. Welche Erkenntnisse können in die Literatur aufgenommen werden?

 - b. Welche Erkenntnisse sind für die eigene Arbeit relevant?
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
- 5. Kritische Rezension
 - a. Wo können Argumentationsmängel diagnostiziert werden?

 - b. (Konflikt mit anderen Forschungsergebnissen)

Lektüreübung – Überschriften

Zusammenfassung 1.1:

Zusammenfassung Absatz 1.2:

Zusammenfassung Absatz 1.3:

Zusammenfassung Absatz 1.4:

Zusammenfassung Absatz 1.5:

Zusammenfassung Absatz 1.6:

Zusammenfassung Absatz 2.1:

Zusammenfassung Absatz 2.1.1:

Zusammenfassung Absatz 2.1.2:

Zusammenfassung Absatz 2.1.3:

Zusammenfassung Absatz 2.1.4:

Zusammenfassung Absatz 2.1.5:

Zusammenfassung Absatz 2.1.6:

Zusammenfassung Absatz 2.1.7:

Zusammenfassung Absatz 2.1.8:

Zusammenfassung Absatz 2.2.1:

Zusammenfassung Absatz 2.2.2:

Zusammenfassung Absatz 2.2.3:

Zusammenfassung Absatz 2.2.4:

Zusammenfassung Absatz 2.2.5:

Zusammenfassung Absatz 2.2.6:

Zusammenfassung Absatz 2.3.1:

Zusammenfassung Absatz 2.3.2:

Zusammenfassung Absatz 2.3.3:

Zusammenfassung Absatz 2.3.4:



Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie

Nils D. Steiner · Claudia Landwehr

Online publiziert: 23. April 2018
© Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft 2018

Zusammenfassung Dieser Beitrag untersucht den Einfluss eines populistischen Demokratieverständnisses auf die Wahl populistischer Parteien anhand des Falls der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Im Anschluss an dominierende Populismusdefinitionen machen wir ein populistisches Demokratieverständnis an drei Elementen fest – der Priorisierung des Mehrheitswillens gegenüber Minderheitenschutz, der Forderung nach unbedingter Responsivität von Repräsentanten gegenüber dem Mehrheitswillen sowie einer ablehnenden Haltung gegenüber politischem Pluralismus – und entwickeln ein entsprechendes Messmodell. Unsere empirische Analyse zeigt, dass populistische Demokratiekonzeptionen bei Anhängern der AfD besonders häufig auftreten. Sie haben zudem auch in multivariaten Analysen einen deutlichen Einfluss auf die Wahlpräferenz für die AfD und sind, unter Ausnutzung der Panelstruktur des Datensatzes, in der Lage zu prognostizieren, welche Individuen ihre Wahlpräferenz in Richtung AfD geändert haben.

Schlüsselwörter AfD · Wahlverhalten · Populismus · Demokratiekonzeptionen · Panel-Daten

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s11615-018-0083-y>) enthalten.

N. D. Steiner (✉) · C. Landwehr
Mainz, Deutschland
E-Mail: steiner@politik.uni-mainz.de

C. Landwehr
E-Mail: landwehr@politik.uni-mainz.de

Populist Conceptions of Democracy and Voting for the Alternative for Germany: Evidence from a Panel Study

Abstract This contribution studies the effect of populist conceptions of democracy on voting for populist parties drawing on the case of the “Alternative für Deutschland” (AfD). Building on dominant definitions of populism, we conceptualize a populist orientation towards democracy via three elements—the privilege of the majority will over minority rights, the demand for absolute responsiveness from representatives to the majority will and negative views of political pluralism—and propose a corresponding measurement model. Our empirical analysis shows that such populist conceptions of democracy are particularly strong among AfD supporters. Moreover, they exhibit significant and substantial effects on voting intentions for the AfD in multivariate analyses and, leveraging the panel structure of the data, are able to predict changes in party preferences towards the AfD over time.

Keywords AfD · Voting behavior · Populism · Conceptions of democracy · Panel data

1 Einleitung

Zusammenfassung 1.1:

Das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in zahlreichen konsolidierten Demokratien ist für viele Beobachter Anlass zur Sorge um Zustand und Zukunft der liberalen Demokratie. Während sich in Deutschland, im Unterschied zu den meisten nordeuropäischen Nachbarn, lange keine rechtspopulistische Partei erfolgreich etablieren konnte, ist mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) mittlerweile eine Partei in 14 der 16 Landesparlamente sowie seit der Bundestagswahl 2017 als drittstärkste Kraft im deutschen Bundestag vertreten, die von Beobachtern gemeinhin als rechtspopulistisch eingestuft wird. Zumindest einem Teil der Wählerinnen und Wähler scheint die AfD also ein Angebot zu machen, dem sie nicht widerstehen können. Zu diesem Angebot gehören zum einen die Artikulation eines Dissenses mit der Regierungspolitik und das Versprechen eines Kurswechsels insbesondere in der Steuerung der Zuwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen. Jenseits konkreter substanzieller Fragen zeichnet sich die AfD wie andere populistische Parteien und Kandidaten aber auch durch die Kritik an politischen und intellektuellen Eliten und an etablierten Institutionen und Verfahren aus. Auch wenn sie sich in der Regel klar zur Demokratie bekennen, stellen sie dem vorherrschenden liberalen, pluralistischen und repräsentativen Demokratieverständnis ein direkteres, identitär geprägtes und im Kern antipluralistisches entgegen (Müller 2016).

Zusammenfassung Absatz 1.2:

Dieser Dissens über demokratische Grundwerte stellt eine weitaus größere Herausforderung dar als der substanzielle Dissens etwa über die Aufnahme von Flüchtlingen. Denn wenn Vorstellungen von der Demokratie zunehmend weiter auseinandergehen und unvereinbar werden, dann ist der prozedurale Konsens, auf dem diese beruht, gefährdet (Landwehr et al. 2017). Das Ausmaß der Gefährdung ist dabei nicht allein vom Angebot durch entsprechende Parteien abhängig, sondern vielmehr von der Nachfrage durch die Wählerinnen und Wähler: Nur wenn entsprechende Angebote hier auf Resonanz treffen und die Demokratiekonzeptionen eines nennenswerten Teils der Bürgerinnen und Bürger mit der bestehenden liberal-repräsentativen Ordnung in Konflikt geraten, kann der Verfahrenskonsens wanken. Zentral ist in diesem Zusammenhang nicht nur die Frage, ob die Demokratiekonzeptionen von Bürgerinnen und Bürgern miteinander in Widerspruch stehen, sondern auch, ob diese Demokratievorstellungen ihr Wahlverhalten prägen. Ist Letzteres der Fall, ist der politische Wettbewerb zwischen Parteien um Wählerstimmen nicht nur von Sachfragen geprägt, sondern beinhaltet auch einen Konflikt über unterschiedliche Vorstellungen davon, wie eine Demokratie prozedural ausgestaltet sein sollte. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag untersucht, ob Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern zu demokratischen Entscheidungsverfahren, insbesondere solche, die als „populistisch“ bezeichnet werden können, einen eigenständigen Einfluss auf die Wahl der AfD ausüben.

Zusammenfassung Absatz 1.3:

Während der Populismus der AfD auf der Angebotsseite mittlerweile Gegenstand zahlreicher Forschungsarbeiten ist (Arzheimer 2015; Berbuir et al. 2015; Ceyhan 2016; Franzmann 2018; Lewandowsky 2015; Lewandowsky et al. 2016) und auf der Nachfrageseite auch die AfD-Wählerschaft und einige ihrer Wahlmotive untersucht wurden (Berbuir et al. 2015; Mader und Schoen 2015; Schmitt-Beck 2014; Schwarzbözl und Fatke 2016; Wagner et al. 2015), fehlt bisher eine solche Untersuchung, die auf der Bürgerebene den Einfluss von populistischen Demokratieverständnissen auf die Wahl der AfD betrachtet. Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu diesem Einfluss ist, dass die Überzeugungskraft von populistischen Botschaften der Partei von individuellen Prädispositionen abhängen sollte. Individuen mit populistischen Demokratiekonzeptionen lassen sich demnach eher von populistischer Rhetorik und Angeboten überzeugen. Im Ergebnis sollten solche Individuen eher die AfD wählen (aus querschnittlicher Perspektive) und, mit dem Aufkommen der Partei und der Zunahme ihrer populistischen Rhetorik, auch eher ihre Parteipräferenz in Richtung AfD verändern (aus längsschnittlicher Perspektive).

Zusammenfassung Absatz 1.4:

Wir testen diese Erwartungen empirisch anhand von Daten des GESIS-Panels (GESIS 2017). Auf Basis einer Itematterie zu Demokratiekonzeptionen, die im August/September 2015 im Feld war, erfassen wir Haltungen zu drei theoretisch deduzierten Elementen eines populistischen Demokratieverständnisses: Majoritaris-

mus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus. In einem ersten Schritt zeigen wir deskriptiv, dass Anhänger der AfD jeweils deutlich populistischere Haltungen bei den entsprechenden Items aufweisen als die Wähler anderer Parteien. Auf Basis dieser Items konstruieren wir im Anschluss mittels einer konfirmatorischen Faktorenanalyse einen Index populistischer Demokratiekonzeptionen. Dieser Index erweist sich als bedeutsamer Prädiktor der Wahlpräferenz der AfD in multivariaten Analysen, die umfassend den Einfluss soziodemografischer Faktoren sowie von Sachfragenmotiven und politischer Unzufriedenheit kontrollieren. Unter Ausnutzung der Panelstruktur des Datensatzes können wir zudem zeigen, dass populistische Demokratiekonzeptionen zu prognostizieren helfen, welche der Individuen, die im Juni/Juli 2015 noch nicht die AfD präferierten, dies im Juni/Juli 2016 taten.

Zusammenfassung Absatz 1.5:

Über den spezifischen Fall der AfD hinausgehend leistet unser Beitrag damit auch zwei wichtige Beiträge zur Forschung über die Nachfrageseite des Populismus im Allgemeinen. Während sich die Debatte um die Klassifikation und Messung von Populismus lange Zeit auf die Angebotsseite konzentriert hat, wurde die Forschungsperspektive in den letzten Jahren auf Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet. Insbesondere wurden Messinstrumente zur Erfassung populistischer Einstellungen entwickelt (Akkerman et al. 2014; Schulz et al. 2017; Spruyt et al. 2016). Wir ergänzen diese Forschung um einen Vorschlag zur Messung populistischer Einstellungen, der sich spezifisch auf demokratische Verfahrenspräferenzen bezieht – darin liegt unser erster Beitrag zu dieser Literatur. Vereinzelt wurde im Rahmen dieses Forschungsprogramms auch bereits die Verbindung von populistischen Einstellungen und der Wahl populistischer Parteien in den Blick genommen (Akkerman et al. 2014, 2017; van Hauwaert und van Kessel 2018; Stanley 2011). Diese querschnittlichen Analysen zeigen einen Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und der Wahl populistischer Parteien, lassen aber die Richtung des kausalen Zusammenhangs offen: Es bleibt unklar, ob Anhänger populistischer Parteien von diesen angebotene Deutungsmuster im Rahmen eines „partisan motivated reasoning“ (Bolsen et al. 2014) übernehmen oder ob das Angebot populistischer Parteien auf vorhandene populistische Einstellungsmuster trifft und gerade deshalb erfolgreich ist. Wir ergänzen diese Forschung – darin liegt unser zweiter Beitrag – um längsschnittliche Evidenz zur Wirkung populistischer Einstellungen auf die Wahl populistischer Parteien, die dieses Endogenitätsproblem vermeidet. Unser Studiendesign prüft den kausalen Effekt populistischer Demokratiekonzeptionen auf die Wahlentscheidung unter nahezu idealen Bedingungen: Die AfD hat sich seit Abspaltung des wirtschaftsliberalen ‚Ökonomenflügels‘ um Parteigründer Bernd Lucke im Sommer 2015 rasch in Richtung eines stärker rechtspopulistischen Profils entwickelt und gleichzeitig viele neue Unterstützer hinzugewonnen. Die Tatsache, dass populistische Demokratiekonzeptionen, die zu Beginn dieses elektoralen Aufstiegs und populistischen Wandels der AfD gemessen wurden, vorhersagen können, wer später zu einem dieser neuen Unterstützer der AfD geworden ist, spricht für die Hypothese eines kausalen Effekts von populistischen Demokratiekonzeptionen auf die Parteipräferenz.

Zusammenfassung Absatz 1.6:

Der nächste Abschnitt vertieft unsere theoretischen Überlegungen und geht detaillierter auf den Stand der Forschung ein. Im Anschluss diskutieren wir Daten und Methoden. Das vierte Kapitel berichtet die empirischen Ergebnisse. Ein Fazit diskutiert schließlich die Implikationen unserer Befunde und verweist auf Potenziale für zukünftige Forschung.

2 Stand der Forschung und theoretische Überlegungen

Zusammenfassung Absatz 2.1:

Ausgangspunkt unserer theoretischen Überlegungen ist eine Diskussion des Begriffs des Populismus. Wir zeigen auf, dass ein zentrales Element des Populismus eine bestimmte normative Demokratiekonzeption ist und legen dar, was diese kennzeichnet. Im Anschluss diskutieren wir zentrale Erklärungen der Wahl rechtspopulistischer Parteien und argumentieren, dass populistische Demokratiekonzeptionen ein plausibler, aber in der Forschung vernachlässigter Einflussfaktor für die Wahl populistischer Parteien sind. Zuletzt wenden wir diese allgemeinen Überlegungen auf die AfD an, diskutieren deren Populismus und Vorgängerstudien zur Wahl der AfD.

2.1 Was ist Populismus? Was kennzeichnet populistische Demokratiekonzeptionen?

Zusammenfassung Absatz 2.1.1:

Die aktuell in europäischen Ländern erfolgreichen populistischen Parteien lassen sich mehrheitlich auf der rechten Seite des politischen Spektrums verorten und teilen die Kritik an Zuwanderung (insbesondere aus muslimischen Ländern), eine skeptische Haltung zu europäischer Integration sowie in vielen Fällen eine Ablehnung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsprogrammen. Verwendet man zur Einordnung von Parteien das klassische zweidimensionale Schema, in dem sich die ökonomische und die kulturelle Achse kreuzen (siehe z. B. Kitschelt 1995; Kriesi et al. 2008), so sind (rechts-)populistische Parteien auf der kulturellen Achse als autoritär (statt libertär) einzustufen, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Positionierung (de Lange 2007; Harteveld 2016): Während etwa der Front National eher eine ökonomisch linke Politik des Protektionismus befürwortet, bleibt die AfD bislang weitgehend dem Marktliberalismus verhaftet. Dennoch greift eine Einordnung von Parteien als populistisch, die allein auf die inhaltliche Positionierung auf der Liberalismus-Autoritarismus-Dimension abstellt, zu kurz; sie verfehlt sogar den Kern des Populismusbegriffs.

Zusammenfassung Absatz 2.1.2:

Wie Margaret Canovan (1999, S. 4) deutlich macht, können die von Populisten vertretenen Werte durchaus variieren – in Abhängigkeit davon, welche Werte von politischen und intellektuellen Eliten hochgehalten werden. Definitionsmerkmal ist für Canovan vielmehr die Ablehnung eben dieser Eliten und ihrer Wertvorstellungen im Namen eines wie auch immer bestimmten ‚Volkes‘ oder Volkswillens: „Populism in modern democratic societies is best seen as an appeal to ‚the people‘ against both the established structure of power and the dominant values of the society“ (Canovan 1999, S. 3). Cas Mudde (2007, S. 13) definiert Populismus in ähnlicher Weise als eine „thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“. Dieses Verständnis von Populismus als einer ‚dünnen Ideologie‘, deren Kern ein Anti-Elitismus in Verbindung mit einem moralisch formulierten Anspruch auf Alleinvertretung des als homogen dargestellten Volkswillens ist (siehe auch Müller 2016), hat sich in der einschlägigen Literatur mittlerweile weitgehend durchgesetzt. Mit dem Begriff ‚dünne Ideologie‘ (Freeden 1998) ist gekennzeichnet, dass der Populismus zwar einige weltanschauliche Kernideen enthält, es sich aber nicht um eine ‚vollständige‘ politische Ideologie handelt, die zu allen wesentlichen politischen Fragen Orientierung bietet. Ein solchermaßen definierter Populismus ist daher kombinierbar mit linken und rechten Ideologien. Sein Kern liegt gerade nicht in bestimmten Politikgehalten, sondern letztlich, neben einer Anti-Eliten-Haltung, in einem bestimmten Demokratieverständnis, das insbesondere in seiner extremen Ausprägung illiberale Züge trägt.

Zusammenfassung Absatz 2.1.3:

Diese populistische Konzeption von Demokratie geht von einem homogenen, geschlossenen Volk aus und steht gesellschaftlichem und politischem Pluralismus skeptisch gegenüber. Verbunden mit der Vorstellung der unmittelbaren Durchsetzung des Willens eines homogenen, geschlossenen Volkes ist eine identitär geprägte Konzeption von Demokratie, die auch in der von populistischen Parteien oftmals geäußerten Forderung nach direkter Demokratie zum Ausdruck kommt. Der Mehrheitswille hat in einer solchen Konzeption klaren Vorrang vor Minderheitenrechten, und von Repräsentanten wird eine unbedingte Responsivität gegenüber dem als autoritativ und unbedingt legitim angesehenen Mehrheitswillen verlangt. Die bislang in den meisten westlichen Ländern fehlende Mehrheit für populistische Parteien und Kandidaten wird mit einer den dominanten Eliten gegenüber ‚schweigenden Mehrheit‘ der einfachen Leute (‚common people‘, ‚ordinary citizens‘) begründet.

Zusammenfassung Absatz 2.1.4:

Wir machen eine spezifisch populistische Demokratiekonzeption im Einzelnen an drei Einstellungsmustern zur Demokratie fest: Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus. Diese drei Subdimensionen folgen gleichermaßen aus der oben aufgeführten Populismusdefinition und wenden sie auf unterschiedliche Aspekte demokratischer Entscheidungsprozesse an: die Haltungen zu Konflikten zwischen Mehrheitswillen und Minderheitenrechten (Majoritarismus), Vorstellungen zur Rolle

politischer Repräsentanten (Unmittelbarkeit) und zur Rolle von Interessenpluralismus (Antipluralismus). Zwischen den drei von uns identifizierten Subdimensionen des populistischen Demokratieverständnisses kommt es zu inhaltlichen Überschneidungen (s. unten); sie machen gemeinsam das populistische Demokratieverständnis aus. Dennoch ist es sinnvoll, diese Subdimensionen zunächst analytisch zu unterscheiden – auch mit Blick auf die Frage, wie sich einzelne Attribute populistischer Demokratiekonzeptionen messen lassen. Unser Verständnis von Populismus ähnelt dabei stark dem von Jan-Werner Müller (2016) und die von uns identifizierten drei Elemente finden sich in ähnlicher Form bei Caramani (2017) wieder, der das populistische Verständnis von Repräsentation mit den Begriffen „majoritarianism“, „unmediated politics“ und „non-plurastic view of society and politics“ charakterisiert.

Zusammenfassung Absatz 2.1.5:

Majoritarismus: Populistische Ideologien implizieren die Vorstellung einer homogenen und geschlossenen Bürgerschaft:

Populismus [...] ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören. (Müller 2016, S. 42)

Die Populisten schließen dabei an identitäre Demokratievorstellungen in der Tradition Jean-Jaques Rousseaus an, denen zufolge Herrscher und Beherrschte in ihrem politischen Willen identisch sein sollen. Der Mehrheitswille genießt in einem solchen Verständnis unmittelbare und unbedingte Legitimität, selbst dann, wenn er die Rechte von Minderheiten gefährdet. Dass die Bedingungen, unter denen dieser einen ‚allgemeinen Willen‘ und damit das Gemeinwohl zum Ausdruck bringt, auch bei Rousseau schon durchaus restriktiv sind, wird dabei weitgehend unterschlagen. Majoritarismus kennzeichnet also eine unbedingte Privilegierung des Mehrheitswillens der mit einem allgemeinen Willen gleichgesetzt wird, gegenüber Minderheiteninteressen und -rechten. Hinter diesem Majoritarismus steht letztlich ein „moralischer Alleinvertretungsanspruch“: Populisten „behaupten von sich nichts weniger, als die 100 % zu repräsentieren“ (Müller 2016, S. 44).

Zusammenfassung Absatz 2.1.6:

Unmittelbarkeit: Mit dem starken Majoritarismus und dem tendenziell identitären Demokratieverständnis populistischer Ideologie ist ein spezifisches Verständnis politischer Repräsentation verbunden, in dem der Aspekt der Unmittelbarkeit im Zentrum steht. Die Repräsentationsforschung unterscheidet zwischen einem Verständnis von Repräsentanten als Sachwalter (*trustee*) und einem als Verständnis von Repräsentanten als Delegierte (*delegate*) (siehe etwa McCrone und Kuklinski 1979; McLean 1991). Wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Vertreter als Sachwalter ihrer Interessen und Wertvorstellungen ansehen, billigen sie ihnen dabei erheblichen Er-

messens- und Entscheidungsspielraum zu. Sie erwarten von Repräsentanten nicht, dass diese zu jedem Zeitpunkt den eigenen Vorstellungen entsprechende Entscheidungen treffen, sondern schenken dem eigenen Urteil der Repräsentanten Vertrauen. Bei einem Verständnis von Repräsentanten als Delegierte hingegen werden diese als unmittelbar zu kontrollierende Agenten eigener Interessen angesehen. Das Repräsentationsverständnis der Populisten geht noch einen Schritt weiter. Hier herrscht die Vorstellung eines unmittelbaren, imperativen Mandats: „Es geht darum, den Volkswillen [...] eins zu eins umzusetzen – aber da das Volk nicht wirklich kohärent mit einer Stimme sprechen kann, bedarf es eben eines Akteurs, der dem Volk souffliert, was es eigentlich sagen will“ (Müller 2016, S. 45–46). Dabei bildet der Repräsentant letztlich nur ab, er hat im Zweifel auch entgegen seinem eigenen Urteil dem Willen des Prinzipals, also des Volkes, zu folgen (Müller 2016, S. 45–46). Wir sehen in dieser Vorstellung politischer Repräsentation, die von Repräsentanten unbedingte Responsivität mit Blick auf die Mehrheitsmeinung verlangt, einen zweiten zentralen Aspekt einer populistischen Demokratiekonzeption. Entsprechend der Idee von der Identität zwischen Herrscher und Beherrschten bringt es einen Wunsch nach Unmittelbarkeit zum Ausdruck, welche nicht durch eigenständige Urteilsbildung und Verpflichtungen der Repräsentanten gestört werden soll.

Zusammenfassung Absatz 2.1.7:

Antipluralismus: Aus der Forderung nach der unbedingten Umsetzung des als einheitlich verstandenen Willens des Volkes folgt auch eine Ablehnung von politischem Pluralismus und pluralistischen Formen des Interessenausgleichs. Identitäre Demokratievorstellungen sind mit gesellschaftlicher Heterogenität schwer vereinbar: Die Vorstellung eines Allgemeinwillens (oder ‚Volkswillens‘) ist – wenn überhaupt – nur dann und dort plausibel, wo starke gemeinsame Interessen und geteilte Werte vorhanden sind. Jenseits denkmöglicher Grenzfälle müssen politische Entscheidungen jedoch als kontingent angesehen und die Berechtigung unterschiedlicher Interessen, Perspektiven und Urteile anerkannt werden. Diese von Plattner (2010) als „radikal-pluralistisch“ charakterisierte Haltung steht dem populistischen Antipluralismus entgegen. Der populistische Antipluralismus kommt in einer Ablehnung kommunikationsbasierter Entscheidungsmodi und -verfahren zum Ausdruck, die auf Interessenausgleich oder argumentative Konfliktbewältigung setzen. Für den Populisten erscheinen diese Entscheidungsverfahren schädlich, da sie dem Ziel der

Umsetzung des Volkswillens entgegenstehen. Auch nach Jan-Werner Müller sind Populisten grundsätzlich antipluralistisch, sie setzen mit ihrer Vorstellung, das Ganze vertreten zu können, der gesellschaftlichen Vielfalt und Fragmentierung einen „Holismus“ entgegen (Müller 2016, S. 57).

Zusammenfassung Absatz 2.1.8:

Diese drei Subdimensionen des populistischen Demokratieverständnisses lassen sich sowohl auf die Äußerungen von Parteien und Kandidaten als auch auf die Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern anwenden. Aus der Verbindung von Angebots- und Nachfrageseite ergibt sich unser Kernargument, demzufolge Individuen mit populistischen Demokratiekonzeptionen sich eher von angebotsseitigen Appellen überzeugen lassen, die sich eines populistischen Demokratieverständnisses bedienen. Dieses Argument fügen wir den gängigen Erklärungen der Wahl (rechts-)populistischer Parteien hinzu.

2.2 Wer wählt populistische Parteien und warum?

Zusammenfassung Absatz 2.2.1:

Wenn es darum geht, die Wahlentscheidung für populistische Parteien zu erklären, konkurrieren unterschiedliche Ansätze, die sich jedoch nicht vollständig wechselseitig ausschließen. Insbesondere zur Wahl *rechtspopulistischer* Parteien existiert eine äußerst umfangreiche Literatur (siehe die aktuelle Übersicht von Arzheimer 2018), die wir hier nur in groben Zügen diskutieren können. Auf der Mikroebene können wir (1.) demographische Einflussfaktoren, insbesondere sozioökonomischer Art, (2.) Wert- und Sachfragenorientierungen sowie (3.) politische Unzufriedenheit und Protestmotive als wesentliche Determinanten rechtspopulistischen Wählens unterscheiden.

Zusammenfassung Absatz 2.2.2:

Hinter der Hypothese eines Einflusses *sozioökonomischer Eigenschaften* verbindet sich häufig die Vorstellung, dass ökonomische Benachteiligung und Unsicherheit zur Wahl rechtspopulistischer Parteien führen. Auf der Mikroebene findet sich insofern Bestätigung für diese ökonomische Hypothese, als Wähler rechtspopulistischer Parteien häufiger arbeitslos oder der Arbeiterklasse angehörig sind und ein geringeres Bildungsniveau aufweisen (Arzheimer 2009; Lubbers et al. 2002). Vor dem Hintergrund eines steigenden Arbeiteranteils in ihrer Wählerschaft kann, für die westeuropäischen Staaten, von einer „proletarization“ (Betz 1994) rechtspopulistischer Parteien oder von „working class parties 2.0“ (Arzheimer 2013) gesprochen werden. Dabei zeigt sich, dass die Klassenzusammensetzung der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien jedoch durchaus variiert; und zwar in Abhängigkeit des wirtschaftspolitischen Programms rechtspopulistischer Parteien (Harteveld 2016).

Zusammenfassung Absatz 2.2.3:

Als wichtigste Determinante rechtspopulistischen Wählens erweisen sich in der Regel *Wert- und Sachfragenorientierungen*. Die zentrale Rolle spielen dabei (negative) Haltungen zu Migration, Migranten und (liberaler) Migrationspolitik, und die hinter diesen Einstellungen stehenden sozial-psychologischen Mechanismen und Konstrukte (Arzheimer 2018; Rydgren 2008). Zusätzlich wird, in einem breiteren Sinn, die Ablehnung vermeintlich dominanter liberal-kosmopolitischer Werte und Weltanschauungen als relevant angesehen (Inglehart und Norris 2017). Autoritäre Werte, Homophobie oder Skepsis mit Blick auf internationale Zusammenarbeit und globale Institutionen im Allgemeinen und die Europäische Integration im Speziellen können hier eine Rolle spielen. Zwischen den oben diskutierten sozioökonomischen und diesen ‚kulturellen‘ Einflussfaktoren besteht durchaus ein Zusammenhang: Sozioökonomisch Benachteiligte und insbesondere geringer Gebildete weisen häufiger autoritäre und anti-kosmopolitische Werthaltungen auf (Kriesi et al. 2008).

Zusammenfassung Absatz 2.2.4:

Drittens wird als Protestmotiv eine allgemeine *politische Unzufriedenheit* für einflussreich gehalten: Aus der Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und Politikerergebnissen, vor allem aber mit Politikern und etablierten Parteien, resultiert die Wahl von Parteien, die sich vom ‚Establishment‘ abgrenzen und sich selbst als Protestparteien inszenieren. Während die Interpretation einer ‚reinen‘ Protestwahl teils kritisch gesehen wird, insofern sich Protest, durchaus nicht irrational, aus Sachfragenorientierungen speisen kann (siehe etwa van der Brug et al. 2000), zeigt sich empirisch zumindest ein deutlicher Einfluss von Unzufriedenheit mit politischen Eliten (Ziller und Schübel 2015) und dem Funktionieren der Demokratie im Allgemeinen (Arzheimer 2009) auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien.

Zusammenfassung Absatz 2.2.5:

Während es erste Beiträge zum Zusammenhang von populistischen Einstellungen und Parteipräferenzen gibt (Akkerman et al. 2014, 2017; van Hauwaert und van Kessel 2018; Stanley 2011), ist der Einfluss populistischer Demokratiekonzeptionen im Speziellen bisher nicht dezidiert untersucht worden. Dies ist insofern erstaunlich, als ein spezifisches Demokratieverständnis, neben Sachfragenpositionen, als zentrales Charakteristikum rechtspopulistischer Parteien angesehen werden muss. Es stellt sich also die Frage, unter welchen Umständen bzw. bei welchen Individuen die Bemühung entsprechender populistischer Demokratievorstellungen eigentlich verfährt. Wir vermuten, dass Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Sachfragen-erwägungen, für entsprechende Botschaften von Parteien in unterschiedlichem Maße empfänglich sind. Diejenigen, die ein entsprechendes Demokratieverständnis teilen, sollten sich von populistischen Botschaften eher überzeugen lassen und, im Ergebnis, eher populistisch wählen. Wir grenzen diesen Mechanismus bewusst nicht nur von den Sachfragenmotiven, sondern auch von den Protestmotiven ab. Auch wenn Populismus in der Regel mit einer Anti-Eliten-Haltung bzw. -Botschaft einhergeht, argumentieren wir, dass sich in den Demokratiekonzeptionen von Bürgerinnen und Bürgern ein Einfluss auf die Wahl (rechts-)populistischer Parteien findet, der über ein

entsprechendes Protestmotiv hinausgeht und unabhängig davon existiert. Für unsere empirische Analyse ist es somit wichtig, dass wir neben der Kontrolle für demografische Eigenschaften und Sachfragenorientierungen vor allem umfassend für die Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Institutionen und Entscheidungsträgern kontrollieren.

Zusammenfassung Absatz 2.2.6:

Vor diesem Hintergrund ist es auch kein Nachteil, sondern ein Vorteil, dass unsere Messung populistischer Demokratiekonzeptionen sich auf ein bestimmtes normatives Demokratieverständnis konzentriert und weniger als etwa die Populismus-Skala von Akkerman et al. (2014, S. 1331) zugleich auch negative Haltungen zu Politikern erfasst. Dadurch wird eine Abgrenzung zum Protestmodell erleichtert. Wie bereits in der Einleitung erläutert, besteht eine zweite wesentliche Innovation gegenüber den ersten Pionierarbeiten zum Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und der Wahl populistischer Parteien darin, dass wir diesen durch die Nutzung von Paneldaten erstmals im Längsschnitt untersuchen können.

2.3 Die AfD und ihre Wähler

Zusammenfassung Absatz 2.3.1:

Die Gründung der AfD auf Initiative einer Gruppe neoliberal-konservativer Politiker, Publizisten und Professoren um den Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke im Jahr 2013 stand im engen Zusammenhang mit der Kritik am Euro-Rettungsschirm im Zuge der griechischen Staatsschuldenkrise. Zugleich fanden sich von Beginn an extrem konservative Positionen in der Familien- und Bildungspolitik sowie die Forderung nach Einschränkung der Zuwanderung auf qualifizierte und integrationswillige Personen. Zwischen 2013 und 2015 erstarkte innerhalb der Partei der nationalkonservative Flügel, was im Juli 2015 im Nachgang des Essener Parteitags (4./5. Juli 2015) zum Austritt des Parteigründers Lucke sowie weiterer Gründungsmitglieder führte.

Zusammenfassung Absatz 2.3.2:

Ein Großteil der politikwissenschaftlichen Forschung zur AfD befasst sich mit der Angebotsseite und der Einordnung der Partei. Zahlreiche Studien versuchen dabei insbesondere die Frage zu beantworten, ob die AfD eine rechtspopulistische Partei ist (Arzheimer 2015; Berbuir et al. 2015; Ceyhan 2016; Franzmann 2018; Lewandowsky et al. 2016). Ein erster Überblick über diese Forschung findet sich bei Lewandowsky (2015, S. 125), der schon zu diesem frühen Zeitpunkt die gemeinsame Schnittmenge darin sieht, „dass die AfD relativ eindeutig als populistisch bezeichnet werden kann“. Jedoch gibt es für die frühe Phase der Partei auch abweichende Einschätzungen: Arzheimer (2015) findet im Programm der AfD für die Europawahl 2014 kaum Hinweise auf das Vorliegen eines Populismus im Sinne einer dünnen Ideologie; zwar fänden sich kritische Äußerungen zu verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Eliten, jedoch enthalte das Programm „not [...] a single reference to ‚elites‘, the ‚political class‘, or the ‚eurocrats‘“ (Arzheimer 2015, S. 546). Unstrittig

ist die Tatsache, dass die AfD neben einer marktliberalen Programmatik in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, konservativen Positionen in der Familien- und Gleichstellungspolitik und der Forderung nach einer restriktiven Zuwanderungspolitik von Beginn an die Forderung nach einer Reform der Demokratie selbst und insbesondere nach der Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene und der Direktwahl des Bundespräsidenten erhoben hat.

Zusammenfassung Absatz 2.3.3:

Vor dem Hintergrund des Wandels der Partei erscheint es für die Frage des Vorliegens von Populismus sinnvoll, verschiedene Phasen zu unterscheiden. Unabhängig davon, ob oder wie populistisch die AfD vor dem innerparteilichen Bruch im Juli 2015 bereits war, kann in jedem Fall eine Zunahme des Populismus nach der Abspaltung des Ökonomenflügels um Bernd Lucke festgestellt werden. Im Grundsatzprogramm vom Mai 2016 finden sich die 2014 nach Arzheimer (2015) noch fehlenden Hinweise auf die „politische Elite“ (AfD 2016, S. 17), die „politische Klasse“ (AfD 2016, S. 6, 8, 12) und die „Eurokratie“ (AfD 2016, S. 20). An einzelnen Passagen dieses Grundsatzprogramms lässt sich eine populistische Argumentation, insbesondere in Form der Unmittelbarkeit und des Majoritarismus, aber auch impliziter in Form des Antipluralismus, deutlich erkennen:

Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. [...] Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden. (AfD 2016, S. 8)

Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. (AfD 2016, S. 11)

Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge. (AfD 2016, S. 13)

Eine systematische empirische Analyse zum Populismus der AfD über die Zeit liefert Franzmann (2018), indem er Pressemitteilungen der AfD auf das Vorliegen populistischer Begründungszusammenhänge im Sinne der Definition von Mudde untersucht. Er findet auch für die Gründungsphase der AfD hohe Populismus-Werte, jedoch sei dieser Populismus „kein klassischer Rechtspopulismus gewesen, auch wenn [Luckes] harte Anti-Parteien- und Anti-Politiker-Rhetorik die Tür für den späteren rechtspopulistischen Schwenk der AfD öffnete“ (Franzmann 2018, S. 380). Wichtig für unsere Analyse ist, dass eine deutliche Zunahme populistischer Begründungszusammenhänge nach dem innerparteilichen Bruch im Sommer 2015 festgestellt wird. Wir können mit Franzmann bilanzieren:

Die Frage, ob die AfD eine rechtspopulistische Partei sei oder nicht, stellt sich entsprechend seit dem Essener Parteitag im Juli 2015 so nicht mehr. Sie ist eindeutig eine Partei, die sich im rechten Parteienspektrum positioniert, und sie ist eine Partei, die auf populistische Einbettungen ihrer Themen zurückgreift.

(Franzmann 2018, S. 382)

Mit Blick auf unsere Analyse kann festgehalten werden, dass die AfD (im Juni/ Juli 2016) den Wählern ein populistisches Angebot unterbreitet hat. Im Einklang mit unserem allgemeinen theoretischen Argument gehen wir davon aus, dass auf der Nachfrageseite AfD-Anhänger entsprechend populistischere Demokratiekonzeptionen aufweisen. Insbesondere in der Phase nach dem Essener Parteitag sollte es der AfD zudem gelungen sein, neue Unterstützer zu gewinnen, die aufgrund eines eigenen populistischeren Demokratieverständnisses mit den populistischen Deutungen und Kritikpunkten der Partei übereinstimmen.

Zusammenfassung Absatz 2.3.4:

Eine wachsende Anzahl an Studien hat sich auf der Nachfrageseite der Frage angenommen, wer die AfD-Wähler und was ihre Motive für die Wahl der Partei sind (Berbair et al. 2015; Mader und Schoen 2015; Reher 2017; Schmitt-Beck 2014, 2017; Schwarzbözl und Fatke 2016; Wagner et al. 2015). Im Einklang mit den allgemeinen Erklärungen des rechtspopulistischen Wählens hat diese Forschung vor allem bestimmte Sachfragenorientierungen, wie kritische Haltungen zur Europäischen Union und zur Migration, sowie Protestmotive, die sich aus einer allgemeinen Unzufriedenheit mit politischen Akteuren, Institutionen und Verfahren ergeben, als relevante Einflussfaktoren identifiziert. Im Vergleich zu rechtspopulistischen Parteien im europäischen Ausland zählte die AfD in ihrer Anfangsphase offenbar mehr Angehörige der Mittelschicht zu ihren Anhängern (Bergmann et al. 2017), was unter anderem mit ihrem Charakter als „Professoren-Partei“ und dem neoliberalen Programm in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenhängen dürfte. Dieses Muster scheint sich mit dem Wandel der AfD jedoch verändert haben. Fragestellungen nach solchen Veränderungen motivieren parallel zu unserem Beitrag verfasste Aufsätze (Hambauer und Mays 2018; Schmitt-Beck et al. 2017) und Arbeitspapiere (Bieber et al. 2017; Goerres et al. 2017), die sich allgemein mit den Erklärungsfaktoren der AfD-Wahl nach ihrer Transformation befassen. Wir betrachten hier ebenfalls die Wählerschaft der AfD zu dieser späteren Phase, konzentrieren uns aber auf den Einfluss populistischer Demokratiekonzeptionen, der bisher nicht betrachtet wurde.¹

3 Daten und Methoden

Zusammenfassung Absatz 3.1:

Wir untersuchen den Zusammenhang von populistischen Demokratiekonzeptionen und der Wahlpräferenz zugunsten der AfD anhand von Daten des GESIS-Panels (Version 17.0.0, GESIS 2017; siehe auch Bosnjak et al. 2017). Das GESIS-Panel ist eine Panelbefragung, die in der zweiten Jahreshälfte 2013 begonnen wurde (Rekrutierungsphase). Das Panel wurde in seiner Ausgangszusammensetzung so zusammengestellt, dass es repräsentativ für die deutschsprachige deutsche Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 70 Jahren ist. Seitdem werden die Befragten in zweimonatigen Wellen befragt. Die Befragung erfolgt für einen Teil der Panellisten online und für einen anderen offline mittels eines selbst auszufüllenden Fragebogens. Die Fragenmodule umfassen zum einen Module eines Standardprogramms von GESIS, die sich im Jahresrhythmus wiederholen, sowie wechselnde Module, die auf Einreichungen von externen Wissenschaftlern basieren. Der Datensatz beinhaltet damit eine große Auswahl an soziodemografischen Merkmalen sowie von relevanten Einstellungskonstrukten, mit deren Hilfe wir umfassend verschiedene konkurrierende Erklärungen der Wahl der AfD berücksichtigen können.

Zusammenfassung Absatz 3.2:

Um eine zeitliche Orientierung zu erleichtern, sind in Abb. 1 die für unsere Untersuchung wichtigsten Messzeitpunkte des GESIS-Panels abgetragen und der Entwicklung der Umfragewerte der AfD nach den Projektionen zur Bundestagswahl von Infratest dimap in den Jahren 2015 und 2016 gegenübergestellt. Die für uns maßgeblichsten Wellen des GESIS-Panels sind die Wellen 10 („cd“, August/September 2015) und 15 („dc“, Juni/Juli 2016). Welle 10 beinhaltet Fragen aus der Studie „Conceptions of democracy and preferences over democratic procedures“, die von Claudia Landwehr, Thorsten Faas und Philipp Harms konzipiert wurde. Deren Fragenprogramm beinhaltet eine Batterie zu normativen Demokratiekonzeptionen mit 18 Aussagen dazu, wie in einer Demokratie entschieden werden sollte. Die Befragten wurden jeweils gebeten, ihre Zustimmung zu diesen Aussagen auf einer von

¹ Unserer Fragestellung am nächsten kommen Schmitt-Beck et al. (2017), die in ihren Querschnittsanalysen den Einfluss von illiberalen prozeduralen Präferenzen als eine Determinante der AfD-Wahlpräferenz in den Blick nehmen, dabei ähnlich wie wir argumentieren und (nur) bivariat signifikante Zusammenhänge ermitteln. Eine dezidierte Messung speziell populistischer Haltungen zur Demokratie findet jedoch nicht statt.

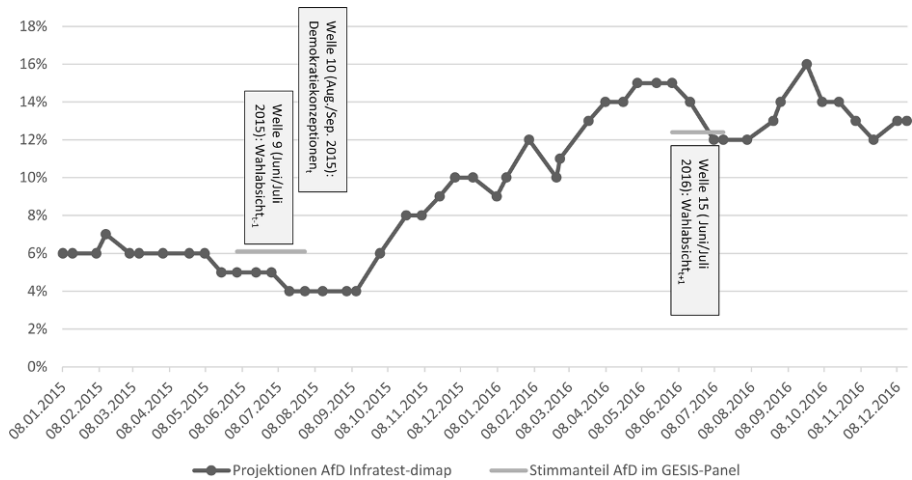


Abb. 1 Umfragewerte der AfD in 2015/16 und Messzeitpunkte des GESIS-Panels. *Quelle:* Eigene Darstellung auf Basis der Umfragedaten auf www.wahlrecht.de (Zugegriffen: 6. Juni 2017) und der Daten des GESIS-Panels (GESIS 2017)

1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“ reichenden Skala zum Ausdruck zu bringen. Von diesen 18 Items haben wir acht ausgewählt, die uns relevant im Sinne des oben diskutierten populistischen Demokratieverständnisses und seiner drei Subdimensionen Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus erscheinen.²

Zusammenfassung Absatz 3.3:

Welle 15 (Juni/Juli 2016) ist die erste Welle nach dieser Befragung – und nach dem oben erläuterten Wandel der AfD in eine (noch) populistischere Richtung nach dem Essener Parteitag (4./5. Juli 2015), in der die Befragten nach ihrer Wahlpräferenz gefragt wurden. Im Einzelnen wurde zunächst gefragt: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?“ Im Anschluss wurde die Parteipräferenz über die folgende Frage ermittelt: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

Zusammenfassung Absatz 3.4:

Das GESIS-Panel zeichnet sich durch eine relativ große Fallzahl aus. Nach Abschluss der Rekrutierungsphase im Februar 2014 waren ca. 4900 Befragte Teil der Studie. Die Panelmortalität fällt moderat aus: An den uns besonders interessierenden Wellen 10 und 15 haben 3615 bzw. 3329 Panellisten teilgenommen.

Zusammenfassung Absatz 3.5:

In einem ersten Schritt der empirischen Analyse untersuchen wir den Zusammenhang von populistischen Demokratiekonzeptionen (gemessen zum Zeitpunkt t, d.

h. August/September 2015) und Wahlabsichten (gemessen zum Zeitpunkt $t + 1$, d. h. Juni/Juli 2016) mit Hilfe dieser Daten deskriptiv. Im Rahmen dieser vorgeschalteten Analysen werden wir auch genauer auf die einzelnen Items eingehen, die für die Messung populistischer Demokratiekonzeptionen benutzt wurden, und die Ergebnisse einer konfirmatorischen Faktorenanalyse erläutern, mittels derer wir aus diesen Items einen Index der populistischen Demokratiekonzeption gebildet haben. Im Rahmen der deskriptiven Analyse unterscheiden wir zwischen Anhängern von CDU/CSU, SPD, FDP, DIE GRÜNEN, DIE LINKE, AfD, sonstigen Parteien, nicht wahlberechtigten Personen und Nichtwählern. Bemerkenswert ist die Zahl von 278 Individuen, die im Sommer 2016 eine Wahlpräferenz für die AfD angegeben haben. Dies entspricht 10,5 % von allen 2647 Befragten, für die eine derart gemessene Wahlabsicht aufgenommen wurde, bzw. 12,4 % aller Befragten, wenn nicht wahlberechtigte Personen und Nichtwähler ausgeschlossen werden (vollständige Angaben zu der Verteilung der Wahlabsichten finden sich in Tabelle A1 im Online-Anhang). Diese Fallzahlen ermöglichen eine statistisch belastbare Betrachtung der AfD-Wählerschaft. Die gemessenen Anteile sprechen überdies für die Repräsentativität des Panels, insofern sie den aus den Umfragen von Infratest dimap ermittelten Anteilen der AfD im Zeitraum Juni/Juli 2016 nahekommen (siehe Abb. 1).

Zusammenfassung Absatz 3.6:

In einem zweiten Schritt der empirischen Analyse modellieren wir die Wahl der AfD anhand einer binär-logistischen Regression, um den Einfluss populistischer Demokratiekonzeptionen in einem multivariaten Modell zu überprüfen und für alternative Erklärungen der Wahl der AfD zu kontrollieren. Die entsprechende abhängige Variable kontrastiert AfD-Wähler (=1) mit den Wählern der anderen größeren Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, DIE GRÜNEN und DIE LINKE (=0). Nichtwähler, nicht wahlberechtigte sowie Befragte mit einer Präferenz für eine sonstige Partei wurden von der Analyse ausgeschlossen.³ Unsere Kontrollvariablen (siehe die genauen Kodierungen und Befragungszeitpunkte in Tabelle A2 im Online-Anhang) umfassen soziodemografische Merkmale, Sachfragenorientierungen und Indikatoren der politischen Unterstützung, die den Einfluss politischer Unzufriedenheit bzw. des Protestmotivs erfassen sollen. Bei der Messung wurden jeweils Indikatoren aus zeitlich möglichst nah an der gemessenen Wahlabsicht liegenden vorherigen Wellen benutzt. Bei allen demografischen Variablen haben wir fehlende Werte mit früheren Angaben, so vorhanden, ersetzt, um möglichst wenig Fälle im Rahmen des vorgenommenen listenweisen Fallausschlusses zu verlieren.

Zusammenfassung Absatz 3.7:

Die soziodemografischen Prädiktoren umfassen Angaben zum Haushaltseinkommen, Alter, Geschlecht, Schulabschluss, zum ausgeübten Beruf sowie zur Beteiligung in Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen. Bei den Sachfragenpositionen gehen wir davon aus, dass Befragte, die meinen, dass die Europäische Integration bereits zu weit gegangen ist, eher die AfD präferieren sollten. Die besonders relevant erscheinenden Fragen von Zuwanderung und Multikulturalismus decken wir einerseits über Haltungen zu Leistungen für Asylbewerber sowie ande-

rerseits zu kultureller Vielfalt im Allgemeinen ab. Außerdem sollten Befragte, die sich auf dem ‚super issue‘ der Links-Rechts-Skala weiter rechts einordnen, eher zur AfD neigen. Schließlich scheint es denkbar, dass Individuen mit dem Wunsch nach

³ Nichtwähler wurden ausgeschlossen, da unser Ziel darin besteht, die Wahlentscheidung zu erklären, nicht die eher vorgelagerte Frage der Wahlbeteiligung. Die in der Standardversion des Datensatzes nicht weiter aufgeschlüsselten Befragten mit Präferenz für eine sonstige Partei bilden eine kleine ($n = 56$) und heterogene Gruppe, deren Wahlabsichten auch auf rechtsextreme Parteien (NPD, DVU, Republikaner) entfallen können, die sich – wie die AfD – einer populistischen Ideologie oder Rhetorik bedienen. Vor diesem Hintergrund haben wir diese Befragten ebenfalls ausgeschlossen. Unsere Befunde sind jedoch robust bei einem Einschluss dieser Gruppen – wie multinomial-logistische Regressionen zeigen, die diese beiden Gruppen berücksichtigen (s. unten).

staatlichem Ausgleich von Einkommensunterschieden durch die eher marktliberale Haltung der AfD von der Wahl dieser Partei abgeschreckt werden.

Zusammenfassung Absatz 3.8:

Im Kontext unserer Analyse ist die Kontrolle für Protestmotive, die in einer allgemeinen politischen Unzufriedenheit ihren Ursprung finden, besonders relevant. Es ist wahrscheinlich, dass die Präferenzen von Individuen zu alternativen demokratischen Entscheidungsverfahren davon beeinflusst sind, wie zufrieden sie mit dem existierenden Regime sowie seinen Institutionen und Entscheidungsträgern sind. Unsere empirische Analyse soll zeigen, ob populistische Demokratiekonzeptionen auch unter umfassender Kontrolle solcher Maße der politischen Unterstützung einen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Nur dann ließe sich die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass den populistischen Demokratiekonzeptionen ein eigenständiger Einfluss zukommt. Vor diesem Hintergrund berücksichtigen wir, erstens, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, zweitens, einen additiven Index des politischen Vertrauens (in den Bundestag, die Bundesregierung, Parteien und Politiker) und, drittens, einen Index der ‚external efficacy‘, der Aussagen dazu zusammenfasst, ob die „meisten Politiker [...] nur an Wählerstimmen [...] und nicht an den Meinungen der Menschen“ interessiert seien und „sich nicht darum [kümmerten], was Leute wie ich denken“. Alle unabhängigen Variablen wurden für die Analyse auf den Wertebereich von 0 bis 1 skaliert, um einen groben Vergleich der Effektstärken zu ermöglichen.

Zusammenfassung Absatz 3.9:

Die Panelstruktur des Datensatzes eröffnet uns überdies die Möglichkeit, die Veränderungen von Parteipräferenzen für die Bundestagswahl in den Blick zu nehmen. Dies ermöglicht uns die Durchführung eines anspruchsvollen statistischen Tests, der zusätzlich überprüfen soll, ob von den Demokratiekonzeptionen ein kausaler Effekt auf die Wahlpräferenz ausgeht. Bei einer rein querschnittlichen Betrachtung bleibt, wie oben beschrieben, die Kausalitätsrichtung hinter einem etwaigen Zusammenhang zwischen Demokratiekonzeptionen und Parteipräferenzen unklar. Wenn sich zeigen lässt, dass Demokratiekonzeptionen zum Zeitpunkt t in einem Zusammenhang mit späteren Veränderungen der Wahlabsicht stehen, wird das Endogenitätsproblem umgangen, dass Demokratiekonzeptionen auch von Parteipräferenzen beeinflusst sein können. Um diese Veränderungen zu erfassen, verwenden wir Informationen zu Wahlabsichten, die in der 9. Welle des GESIS-Panels im Juni/Juli 2015 erhoben wurden.⁴ Diese Identifikationsstrategie wird dadurch begünstigt, dass im Datensatz eine ausreichende Zahl an Präferenzwechseln in Richtung der AfD vorhanden ist. Von den 230 Personen, die im Juni/Juli 2016 die AfD präferierten (und für die Informationen über die Wahlabsichten ein Jahr vorher vorliegen), haben 139 ein Jahr vorher noch keine Präferenz für die AfD angegeben (Tabelle A3 im Online-Anhang kreuztabelliert die beiden Sonntagsfragen). Wir nutzen die Informationen zur früheren Wahlabsicht in $t-1$ auf zwei Arten: Zum einen kontrollieren wir

über Dummyvariablen für die einzelnen Ausprägungen der Wahlabsicht im Sommer 2015, zum anderen schließen wir Befragte mit einer früheren Präferenz für die AfD ganz von der Analyse aus und betrachten nur deren neue Unterstützer.

⁴ Die Informationen zur zurückliegenden Wahlabsicht wurden damit eine Welle vor den Demokratiekonzeptionen erfasst. Ideal wäre eine Messung in der gleichen Welle. Durch die frühere Messung können wir nicht ausschließen, dass einige Befragte ihre Wahlpräferenz in der Zwischenzeit bereits geändert haben. Mit Blick auf die kurze Zeitspanne sowie die Entwicklung der Umfragewerte der AfD, deren Anstieg vornehmlich erst nach der Befragung in der August/September-Welle stattgefunden hat (siehe Abb. 1), erscheint uns dieses Problem aber nicht gravierend.

5 Fazit

Mit unserer Analyse konnten wir zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, mit der AfD eine gemeinhin als (rechts-)populistisch klassifizierte Partei wählen zu wollen, nicht nur von Sachfragenpositionen wie der Kritik an Zuwanderung und Europäischer Integration oder von einer Unzufriedenheit mit dem politischen System, seinen Institutionen und Entscheidungsträgern beeinflusst ist. Vielmehr scheint der Populismus als solcher eine zentrale Rolle zu spielen: Populistische Demokratiekonzeptionen erwiesen sich in unserer Analyse als eigenständiger und bedeutsamer Einflussfaktor auf die AfD-Wahlabsicht. Nachdem wir zunächst Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus als wesentliche Subdimensionen einer populistischen Demokratiekonzeption begründet hatten, konnten wir zeigen, dass AfD-Wähler deutlich häufiger eine solche aufweisen als die Wähler anderer Parteien. Eine konfirmatorische Faktorenanalyse stützte zudem unsere theoretische Annahme der Existenz eines Einstellungskonstrukts populistischer Haltungen zur Demokratie mit den drei Subdimensionen Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus. Anhand dieser Messung haben wir in multivariaten Regressionsanalysen gezeigt, dass eine populistische Demokratiekonzeption sich auch dann deutlich auf die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl auswirkt, wenn für bekannte Einflussfaktoren wie soziodemografische Charakteristika, Sachfragenpositionen und Protesthaltungen kontrolliert wird. Wir konnten insbesondere auch zeigen, dass sich Wähler mit einer populistischen Demokratiekonzeption, die im Sommer 2015 noch andere Wahlabsichten hatten, mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Jahr später der AfD zugewandt hatten – und damit die erste längsschnittliche Evidenz zur Wirkung populistischer Einstellungen auf die Wahl populistischer Parteien liefern.

Welche Implikationen ergeben sich aus diesen Befunden für den Wahlerfolg populistischer Parteien? Zunächst einmal zeigen unsere Befunde, dass die Bemühung einer populistischen Ideologie oder Rhetorik auf der Angebotsseite Konsequenzen für die Nachfrageseite hat. Wenn populistische Parteien auch und gerade mit einer spezifischen Kritik an demokratischen Entscheidungsverfahren Wähler zu gewinnen versuchen, dann scheint sich im Wahlverhalten nicht nur ein Konflikt zwischen unterschiedlichen Sachfragenpositionen, sondern auch zwischen unterschiedlichen

Demokratiekonzeptionen zu spiegeln. Folglich liegt nahe, dass die Erfolgschancen einer populistischen Mobilisierung auch von der Verbreitung spezifischer Demokratievorstellungen in der Bevölkerung abhängen. Die Überlegung, dass solche Demokratievorstellungen prinzipiell veränderbar erscheinen, lenkt das Augenmerk auch auf die Rolle politischer Bildung. Gleichzeitig kann sich die Unterstützung von Parteien und Kandidaten durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, unseren Ergebnissen zufolge, auch deshalb unterscheiden, weil deren Demokratiekonzeptionen divergieren. Es ist z. B. plausibel, dass der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und der Wahl Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016 auch auf solchen Mechanismen beruht. Zumindest in unserem Datensatz zeigt sich eine deutlich negative Korrelation von hohen formalen Bildungsniveaus und populistischen

Haltungen zur Demokratie. Eine weitere Aufschlüsselung dieser Zusammenhänge erfordert es, populistische Demokratiekonzeptionen auch als abhängige Variable in den Blick zu nehmen und dabei die Untersuchungsperspektive auf weitere Länder und Kontexte zu erweitern. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, auch die hier gewonnenen Erkenntnisse zum Einfluss populistischer Demokratiekonzeptionen auf Parteipräferenzen in anderen Länderkontexten zu replizieren. Für beide Fragekomplexe wären dabei Untersuchungen besonders wünschenswert, die – wie unsere Studie – Paneldaten nutzen und dadurch Endogenitätsprobleme vermeiden können.

Unser Vorschlag zur Messung populistischer Demokratiekonzeptionen mag dabei als Orientierung dienen. Mit der Berücksichtigung populistischer Einstellungen zu demokratischen Entscheidungsverfahren ergänzen wir die wachsende Forschung zu Populismus als Einstellungskonstrukt um einen Vorschlag, der nicht direkt nach negativen Haltungen gegenüber politischen Eliten fragt, sondern nach allgemeinen Verfahrenspräferenzen. Dieses Vorgehen hat aus unserer Sicht den Vorteil, dass eine Abgrenzung des Effekts populistischer Einstellungsmuster gegenüber den Effekten etablierter Konstrukte der politischen Unterstützung oder der External Efficacy erleichtert wird. Unsere spezifische Konzeption mit den drei Subdimensionen Majoritarismus, Unmittelbarkeit und Antipluralismus hat sich in unserer Untersuchung als empirisch tragfähig erwiesen. Gleichzeitig kann unser Messvorschlag noch verbessert werden. Wünschenswert wäre die Berücksichtigung zusätzlicher Items insbesondere zur Messung von Majoritarismus und Antipluralismus – im Rahmen unserer Messung zeigten sich hier nur für jeweils zwei Items zufriedenstellende Ladungen. Angesichts der derzeitigen empirischen Relevanz populistischer Parteien und Kandidaten und der offenbar bedeutsamen Rolle von Haltungen zu demokratischen Entscheidungsverfahren für deren Erfolg hoffen wir auf weitere Untersuchungen, die auf unserem Vorschlag aufbauen.

Danksagung Wir bedanken uns bei Thorsten Faas und Philipp Harms für die Mitentwicklung der Fragebatterie zu normativen Demokratiekonzeptionen, beim GESIS-Panel für die Datenerhebung und -bereitstellung sowie bei Carl Berning, Edeltraud Roller und den Gutachterinnen und Gutachtern der PVS für wertvolle Kommentare zum Manuskript.

Literatur

- Akkerman, Agnes, Cas Mudde, und Andrej Zaslove. 2014. How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies* 47(9):1324–1353. <https://doi.org/10.1177/0010414013512600>.
- Akkerman, Agnes, Andrej Zaslove, und Bram Spruyt. 2017. We the people' or ,we the peoples'? A comparison of support for the populist radical right and populist radical left in the Netherlands. *Swiss Political Science Review* 23(4):377–403. <https://doi.org/10.1111/spsr.12275>.
- Alternative für Deutschland (AfD). 2016. Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf. Zugegriffen: 27. Apr. 2017.
- Arzheimer, Kai. 2009. Contextual factors and the extreme right vote in Western Europe, 1980–2002. *American Journal of Political Science* 53(2):259–275. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2009.00369.x>.
- Arzheimer, Kai. 2013. Working class parties 2.0? Competition between centre left and extreme right parties. In *Class politics and the radical right*, Hrsg. Jens Rydgren, 75–90. London: Routledge.
- Arzheimer, Kai. 2015. The AfD: finally a successful right-wing populist eurosceptic party for Germany? *West European Politics* 38(3):535–556. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1004230>.
- Arzheimer, Kai. 2018. Explaining electoral support for the radical right. In *The Oxford handbook of the radical right*, Hrsg. Jens Rydgren, 143–165. New York: Oxford University Press.
- Berbair, Nicole, Marcel Lewandowsky, und Jasmin Siri. 2015. The AfD and its sympathisers: finally a right-wing populist movement in Germany? *German Politics* 24(2):154–178. <https://doi.org/10.1080/09644008.2014.982546>.
- Bergmann, Knut, Matthias Diermeyer, und Judith Niehues. 2017. Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48(1):94–112. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2017-1-57>.
- Betz, Hans-Georg. 1994. *Radical right-wing populism in Western Europe*. New York: St. Martin's Press.
- Bieber, Ina, Sigrid Roßteutscher, und Philipp Scherer. 2017. Die Metamorphosen der AfD: Von einer eurokritischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternativen? Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Frankfurt am Main: Johann Wolfgang Goethe-Universität.
- Bolsen, Toby, James N. Druckman, und Fay L. Cook. 2014. The influence of partisan motivated reasoning on public opinion. *Political Behavior* 36(2):235–262. <https://doi.org/10.1007/s11109-013-9238-0>.
- Bosnjak, Michael, Tanja Dannwolf, Tobias Enderle, Ines Schauer, Bella Struminskaya, Angela Tanner, und Kai W. Weyandt. 2017. Establishing an open probability-based mixed-mode panel of the general population in Germany: the GESIS Panel. *Social Science Computer Review* 36(1):103–115. <https://doi.org/10.1177/0894439317697949>.
- van der Brug, Wouter, Meindert Fennema, und Jean Tillie. 2000. Anti-immigrant parties in Europe: ideological or protest vote? *European Journal of Political Research* 37(1):77–102. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00505>.
- Canovan, Margaret. 1999. Trust the people! Populism and the two faces of democracy. *Political Studies* 47(1):2–16. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.00184>.
- Caramani, Daniele. 2017. Will vs. reason: the populist and technocratic forms of political representation and their critique to party government. *American Political Science Review* 111(1):54–67. <https://doi.org/10.1017/S0003055416000538>.
- Ceyhan, Sara. 2016. Konservativ oder doch schon rechtspopulistisch? Die politischen Positionen der AfD-Parlamentskandidaten im Parteienvergleich. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 26(1):49–76. <https://doi.org/10.1007/s41358-016-0020-9>.
- De Lange, Sarah L. 2007. A new winning formula? The programmatic appeal of the radical right. *Party Politics* 13(4):411–435. <https://doi.org/10.1177/1354068807075943>.
- Franzmann, Simon T. 2018. Von der EURO-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition: Der Fall der deutschen AfD. In *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*, Hrsg. Lisa Anders, Henrik Scheller, Thomas Tuntschew, 365–402. Wiesbaden: Springer VS.
- Freeden, M. 1998. Is nationalism a distinct ideology? *Political Studies* 46(4):748–765.
- GESIS. 2017. *GESIS Panel – Standard Edition*. ZA5665 Datenfile version 17.0.0. Köln: GESIS Datenarchiv. <https://doi.org/10.4232/1.12709>.
- Goerres, Achim, Dennis Spies, und Staffan Kumlin. 2017. The electoral supporter base of the Alternative for Germany: an analysis of a panel study of German voters 2015–16. *SSRN Working Paper*. Zugegriffen: 27. Apr. 2017. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2942745>.

- Hambauer, Verena, und Anja Mays. 2018. Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12:133–154. <https://doi.org/10.1007/s12286-017-0369-2>.
- Harteveld, Eelco. 2016. Winning the ‘losers’ but losing the ‘winners’? The electoral consequences of the radical right moving to the economic left. *Electoral Studies* 44:225–234. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2016.08.015>.
- van Hauwaert, Steven M., und Stijn van Kessel. 2018. Beyond protest and discontent: a cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support. *European Journal of Political Research* 57(1):68–92. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12216>.
- Inglehart, Ronald, und Pippa Norris. 2017. Trump and the populist authoritarian parties: the silent revolution in reverse. *Perspectives on Politics* 15(2):443–454.
- Kitschelt, Herbert. 1995. *The radical right in Western Europe. A comparative analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier, und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Landwehr, Claudia, und Nils D. Steiner. 2017. Where democrats disagree: citizens’ normative conceptions of democracy. *Political Studies* 65(4):786–804. <https://doi.org/10.1177/0032321717715398>.
- Landwehr, Claudia, Thorsten Faas, und Philipp Harms. 2017. Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. *Leviathan* 45(1):35–54. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2017-1-35>.
- Lewandowsky, Marcel. 2015. Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25(1):119–134. <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2015-1-119>.
- Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler, und Aiko Wagner. 2016. Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift* 57(2):247–275. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2016-2-247>.
- Lubbers, Marcel, Mérove Gijsberts, und Peer Scheepers. 2002. Extreme right-wing voting in Western Europe. *European Journal of Political Research* 41(3):345–378. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00015>.
- Mader, Matthias, und Harald Schoen. 2015. Chancellor Merkel, the European debt crisis and the AfD. An analysis of voting behaviour in the 2013 federal election. In *Germany after the 2013 elections. Breaking the mould of post-unification politics?*, Hrsg. Gabriele D’Ottavio, Thomas Saalfeld, 89–109. Farnham: Ashgate.
- McCrone, Donald J., und James H. Kuklinski. 1979. The delegate theory of representation. *American Journal of Political Science* 23(2):278–300.
- McLean, Iain. 1991. Forms of representation and systems of voting. In *Political theory today*, Hrsg. David Held, 172–196. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas. 2007. *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Jan-Werner. 2016. *Was ist Populismus?* Berlin: Suhrkamp.
- Plattner, Marc F. 2010. Populism, pluralism, and liberal democracy. *Journal of Democracy* 21(1):81–92. <https://doi.org/10.1353/jod.0.0154>.
- Reher, Stefanie. 2017. German Euroscepticism: Alternative für Deutschland in 2014. In *The Eurosceptic 2014 European Election*, Hrsg. Julie Hassing Nielsen, Mark N. Franklin, 37–56. London: Palgrave Macmillan.
- Rydgren, Jens. 2008. Immigration sceptics, xenophobes or racists? Radical right-wing voting in six West European countries. *European Journal of Political Research* 47(6):737–765. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2008.00784.x>.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2014. Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45(1):94–112. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2014-1-94>.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2017. The ‚Alternative für Deutschland in the electorate‘: between single-issue and right-wing populist party. *German Politics* 26(1):124–148. <https://doi.org/10.1080/09644008.2016.1184650>.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, Jan W. van Deth, und Alexander Staudt. 2017. Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende: Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(3):273–303. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0104-1>.

- Schulz, Anne, Philipp Müller, Christian C. Schemer, Dominique Stefanie Wirz, Martin Wettstein, und Werner Wirth. 2017. Measuring populist attitudes on three dimensions. *International Journal of Public Opinion Research*. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edw037>.
- Schwarzbözl, Tobias, und Matthias Fatke. 2016. Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift* 57(2):276–299. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2016-2-276>.
- Spruyt, Bram, Gil Keppens, und Filip Van Droogenbroeck. 2016. Who supports populism and what attracts people to it? *Political Research Quarterly* 69(2):335–346. <https://doi.org/10.1177/1065912916639138>.
- Stanley, Ben. 2011. Populism, nationalism, or national populism? An analysis of Slovak voting behaviour at the 2010 parliamentary election. *Communist and Post-Communist Studies* 44(4):257–270. <https://doi.org/10.1016/j.postcomstud.2011.10.005>.
- Wagner, Aiko, Marcel Lewandowsky, und Heiko Giebler. 2015. Alles neu macht der Mai? Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Europawahl 2014. In *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien und Nichtwähler*, Hrsg. Michael Kaeding, Niko Switek, 137–148. Wiesbaden: Springer VS.
- Ziller, Conrad, und Thomas Schübel. 2015. “The pure people” versus “the corrupt elite”? Political corruption, political trust and the success of radical right parties in Europe. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 25(3):368–386. <https://doi.org/10.1080/17457289.2014.1002792>.